



12.11.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

in dieser Woche kam der Bundestag zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Im Zuge der Konstituierung haben wir mit der Einsetzung des Haupt-, Petitions- und Wahlprüfungsausschuss dafür gesorgt, dass der Bundestag auch in der Zeit bis zur Bildung einer neuen Regierung arbeitsfähig ist. Wichtige Vorlagen können jetzt bis zur Bildung der ständigen Ausschüsse beraten und anschließend im Plenum debattiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mich zum stellvertretenden Mitglied des Hauptausschusses gewählt. Ich bedanke mich für das Vertrauen und freue mich, dass wir die Arbeit jetzt zügig aufnehmen können.

Am Mittwoch haben die einzelnen Verhandlungsgruppen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP ihre Ergebnisse aus den Koalitionsverhandlungen abgegeben. **Ich bin stolz darauf, dass ich die Arbeitsgruppe 9 Sozialstaat, Grundsicherung und Rente leiten durfte.** Mehr dazu gibt es nach der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages und nach dem Ende unseres „Schweigegelübdes“. Die Ergebnisse aus den 22 Arbeitsgruppen werden nämlich jetzt noch einmal von der Hauptverhandlungsgruppe diskutiert, offene Fragen verhandelt und anschließend in einem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Ich bin optimistisch, dass es uns gelingt, zeitnah einen fertigen Vertrag vorzulegen und dann im Dezember Olaf Scholz zum Kanzler zu wählen.



Schon in der vergangenen Sitzungswoche hat sich die Landesgruppe der SPD-Abgeordneten aus Hessen konstituiert und einen neuen Vorstand gewählt. Ich freue mich, dass ich erneut als stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe gewählt wurde und gemeinsam mit dem neugewählten Vorsitzenden Timon Gremmels und der weiteren Stellvertreterin Melanie Wegling die Arbeit aufnehmen kann.

Die Infektionszahlen sind so hoch wie nie zuvor. Trotz des Impffortschritts befinden wir uns erneut in einer prekären Lage. Wir haben in dieser Woche in einer ersten Lesung den Grundstein dafür gelegt, dass die sozialen Maßnahmen verlängert werden: Den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung, die Sonderregelungen der Kinderkrankentage, die Bestimmungen der Arbeitsschutzverordnung und die Absicherung von sozialen Dienstleistern, die ihre Arbeit nicht ausführen können. Wir ermöglichen den Bundesländern, dass sie trotz dem Auslaufen der pandemischen Lage folgende Maßnahmen einsetzen können, um die Gesundheit aller Menschen bestmöglich schützen können: Die Maskenpflicht, 2G- oder 3G-Regelungen im Umgang bei Veranstaltungen und das Erheben von Kontaktdaten.

Ich gehörte immer zu denjenigen, die einen vorsichtigeren Umgang mit der Pandemie gefordert haben. Deshalb appelliere ich weiter an alle, sich impfen zu lassen und an die bereits Geimpften weiterhin vorsichtig zu sein und sich „boostern“ zu lassen. Denn viele Infektionen finden derzeit vor allem im privaten Bereich statt. Vor allem für die Kinder, die sich noch nicht impfen lassen können, sollten wir weiter diszipliniert und solidarisch sein.

Olaf Scholz hat gestern gefordert, das Land winterfest zu machen und CDU/CSU eingeladen, an gemeinsamen Lösungen parteiübergreifend und zwischen Bund und Ländern mitzuarbeiten.

Der Bundestagswahlkampf ist vorbei und die Pandemiebekämpfung darf keine Frage von Parteipolitik sein.

Die schrecklichen Bilder, die uns aktuell aus Belarus erreichen, machen mich persönlich sehr betroffen. Der Machthaber Lukaschenko übt auf dem Rücken von Flüchtlingen Druck auf die EU aus. Heiko Maas hat dies gestern im Bundestag verurteilt und vier Punkte aufgezeigt, wie wir mit der Situation umgehen werden:

1. Die humanitäre Versorgung der Menschen vor Ort hat für uns oberste Priorität. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass die Menschen vor Ort Zugang zu lebensnotwendigen Gütern erhalten.
2. Wir erhöhen als EU den Druck auf die illegalen Schleuser. Das beginnt auch in den Herkunftsländern und auch im Gespräch mit den Fluggesellschaften, die die Schleusungen unterstützen. So konnten wir schon erreichen, dass die Flüge aus dem Irak und Jordanien nach Belarus eingestellt wurden.
3. Am Montag wird der EU-Außenrat die Sanktionen gegenüber Belarus verschärfen und auch die für Belarus so wichtige Kali-Industrie in den Blick nehmen.
4. Wir gehen weiter entschieden gegen Falschmeldungen und Lügen in sozialen Netzwerken vor.

Mein Kollege Lars Castellucci hat es gestern in seiner Rede deutlich gemacht: Das was in Belarus von Lukaschenko getan wird, ist ein Verbrechen auf dem Rücken vieler unschuldiger Menschen, die mit falschen Versprechungen gelockt wurden und werden. Wir tun alles dafür, dass die humanitäre Katastrophe sich nicht noch weiter verschlimmert und den Schleusern das Handwerk gelegt wird.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB